

Gastro-Krise: Die Terrasse ist keine Lösung

Außenbereich wird als unwirtschaftlich betrachtet

**Sieben Monate Lockdown
und kein Ende in Sicht**

„Ich will keine Unterstützung, ich will einfach nur wieder arbeiten und mein eigenes Geld verdienen“. Mit diesen Worten brachte es ein Frankfurter Gastronom bei einer Diskussion mit städtischen Politikern auf den Punkt. Auch die Öffnung der Außenbereiche wird von der deutschen Gastronomie kritisch gesehen, weil sie zu keiner grundsätzlichen Besserung beiträgt. Nach einer Umfrage des deutschen Hotel- und Gaststättenverbands Dehoga sehen über 80% des Gastgewerbes eine Öffnung der Außengastronomie als unwirtschaftlich.

Viele Betriebe haben gar keine Terrasse

63 Prozent der Betriebe bezeichnen die Entscheidungen der Bund-Länder-Konferenz als „katastrophal“, 24,9 Prozent als „schlecht“. Zudem schätzen mehr als drei Viertel der Gastgeber eine Öffnung nur der Außengastronomie als nicht wirtschaftlich ein. „Bei den Unternehmern und Mitarbeitern in der Branche machen sich Verzweiflung, Perspektivlosigkeit und Zukunftsängste breit“, sagt Dehoga-Präsident Guido Zöllick. „Ende März befinden sich die Betriebe seit Beginn der Pandemie sieben Monate im Lockdown.“ Die in Aussicht gestellte Öffnung der Außengastronomie ab 22. März sei keine echte Perspektive. 83,2 Prozent der befragten Betriebe verwiesen darauf, dass die Wirtschaftlichkeit ihres Betriebes bei einer alleinigen Öffnung der Außengastronomie nicht gegeben sei. Hinzu kommt, dass viele Betriebe keinen Außenbereich haben.

Betriebsaufgabe

Die Lage im Gastgewerbe ist generell dramatisch. Die 6.500 Teilnehmer der Dehoga-Umfrage melden für den Februar Umsatzeinbußen in Höhe von 77,9 Prozent. Vom 1. März 2020 bis heute brach der Umsatz um insgesamt 63 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein. Infolge der massiven Verluste, der fehlenden Perspektiven und der nicht ausreichenden staatlichen Hilfen bangen 72,2 Prozent der Unternehmer um ihre Existenz. Jedes vierte Unternehmen (24,8 Prozent) zieht konkret eine Betriebsaufgabe in Erwägung.

Unverschuldet in Not geraten

„Die zugesagten Hilfen fließen nach wie vor viel zu langsam und sind nicht ausreichend, um einen monatelangen Lockdown zu überstehen“, erklärt Guido Zöllick. „Angesichts der sieben Monate andauernden Schließung unserer Branche ist es Aufgabe der Politik alles dafür zu tun, dass die unverschuldet in Not geratenen Betriebe eine Chance zum Überleben haben und keinen Tag länger als gesundheitspolitisch geboten geschlossen bleiben“, sagt Zöllick. „Der Endlos-Lockdown ist keine Lösung.“ Auch der Frühling bringt keinen Hoffnungsschimmer.

Photocredit: Barbara Fienhold (Kunstaktion 1000 leere Stühle auf dem Frankfurter Römerberg)